

#GenZ steht auf! – Wir lassen uns nicht spalten!

Demonstration Samstag, 31. Oktober 2026, um 14 Uhr auf dem Heumarkt in Köln

Gegen soziale Ungerechtigkeit, Rassismus und Ausgrenzung – für eine solidarische Gesellschaft!

Am 31. Oktober gehen wir auf die Straße: für soziale Gerechtigkeit, bezahlbare Wohnungen, faire Arbeitsbedingungen, gleiche Rechte und Menschenwürde.

Steigende Lebenshaltungskosten, soziale Kürzungen und zunehmende Zukunftsängste belasten breite Teile unserer Gesellschaft. Gleichzeitig wird die öffentliche Diskussion immer wieder auf Migration, Herkunft und kulturelle Unterschiede gelenkt.

Wir wollen die grundlegenden gesellschaftlichen Fragen in den Mittelpunkt stellen: Wer verfügt über den gesellschaftlichen Wohlstand? Wer trägt die finanziellen Lasten? Und weshalb werden Menschen gegeneinander ausgespielt, die vielfach dieselben sozialen Interessen haben?



Wir arbeiten, zahlen Steuern und gehören dazu!

Menschen mit Migrationsgeschichte sind Arbeitnehmer:innen, Student:innen, Schüler:innen, Selbstständige, Handwerker:innen, Pflegekräfte und Unternehmer:innen.

Sie arbeiten, zahlen Steuern und Sozialabgaben, übernehmen Verantwortung und gestalten unsere Gesellschaft mit. Dennoch erleben viele Ausgrenzung, Diskriminierung und politische Schuldzuweisungen. Unsere Würde und unsere Rechte hängen weder von unserem Pass noch von unserem Namen oder unserer Herkunft ab.

Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Deutschland gehört zu den wohlhabendsten Volkswirtschaften der Welt. Dieser Wohlstand ist jedoch höchst ungleich verteilt. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank besaßen die vermögendsten zehn Prozent der Haushalte 2023 rund 54 Prozent des gesamten privaten Nettovermögens. Gleichzeitig werden Erwerbseinkommen durch Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge erheblich belastet. Auf den anschließenden Konsum entfällt zusätzlich Umsatzsteuer.

Bei einem Einkommensteuersatz von 42 Prozent und vollständigem Konsum des verbleibenden Einkommens zum regulären Umsatzsteuersatz von 19 Prozent ergibt sich rechnerisch eine kombinierte Belastung von rund 51 Prozent des zusätzlich verdienten steuerpflichtigen Einkommens – noch ohne Sozialversicherungsbeiträge.

Unternehmensgewinne und Kapitalerträge unterliegen anderen Besteuerungsregeln. Unternehmen können Gewinne nach Steuern einbehalten und reinvestieren. Große Privatvermögen ermöglichen darüber hinaus einen Vermögensaufbau, der Menschen ohne nennenswerte Ersparnisse häufig kaum möglich ist.

Menschen mit niedrigen Einkommen müssen einen erheblichen Teil ihres Geldes für den täglichen Lebensunterhalt ausgeben. Mit wachsendem Einkommen sinkt dagegen häufig die Konsumquote, während die Möglichkeiten zur Kapitalbildung zunehmen.

Die Frage ist deshalb nicht nur, wie viel Wohlstand unsere Gesellschaft erwirtschaftet, sondern auch, wie dieser Wohlstand verteilt wird.

Während immer wieder über längere Arbeitszeiten, höhere Eigenbeiträge und Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme diskutiert wird, bleibt die Frage nach einer gerechteren Verteilung der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen häufig im Hintergrund. Wer Solidarität und Reformbereitschaft verlangt, muss auch eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten zum Gegenstand der Reformpolitik machen.

Rassismus und gesellschaftliche Spaltung

Rassismus hat historische und gesellschaftliche Ursachen. Er kann aber auch politisch instrumentalisiert werden, um soziale Konflikte entlang von Herkunft und Zugehörigkeit auszutragen. Wo Menschen über ihre Herkunft gegeneinander aufgebracht werden, treten gemeinsame Interessen an bezahlbarem Wohnraum, fairen Löhnen, guter Gesundheitsversorgung und sozialer Sicherheit leicht in den Hintergrund.

Die Aufmerksamkeit verschiebt sich dann von Fragen der Vermögensverteilung, der politischen Verantwortung und wirtschaftlicher Macht hin zu Konflikten zwischen Bevölkerungsgruppen. Davon können politische und wirtschaftliche Akteure profitieren, deren Interessen bei einer stärkeren öffentlichen Konzentration auf Verteilungsfragen genauer hinterfragt würden. Eine Pflegekraft mit Migrationsgeschichte und ein deutscher Industriearbeiter können wirtschaftlich wesentlich mehr gemeinsame Interessen haben, als die politische Debatte erkennen lässt. Wer Geflüchtete pauschal für Wohnungsnot, überlastete Schulen oder Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Sozialstaats verantwortlich macht, blendet wesentliche strukturelle Ursachen aus.

Soziale Ungleichheit darf nicht durch rassistische Schuldzuweisungen verdeckt werden.

Staatsgrenzen, Kolonialismus und Abschiebungen

Die Erde ist der gemeinsame Lebensraum der Menschheit. Kein Mensch hat sich seinen Geburtsort ausgesucht. Staatsgrenzen sind historische und politische Konstruktionen. Viele heutige Grenzen wurden durch Kriege, territoriale Machtansprüche, wirtschaftliche Interessen und koloniale Herrschaft geprägt. Besonders die koloniale Aufteilung Afrikas zeigt, wie politische Herrschaft und wirtschaftliche Interessen die heutigen Staatsgrenzen mitgeformt haben. Daraus entsteht eine grundlegende Frage: Warum sollte der Zufall des Geburtsortes so weitreichend darüber entscheiden, wo Menschen leben und welche Zukunftsmöglichkeiten ihnen offenstehen?

Während Waren, Kapital und Investitionen international mobil sind, unterliegt die Bewegungsfreiheit von Menschen erheblichen Beschränkungen. Wirtschaftlich wohlhabende Menschen haben häufig bessere Möglichkeiten, sich international niederzulassen, als Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder Armut fliehen.

Die Debatte über Abschiebungen muss deshalb auch die historischen Ursprünge staatlicher Grenzen, die Menschenrechte und die globale Ungleichheit der Lebensbedingungen berücksichtigen. Abschiebungen können Menschen aus ihren Familien, ihrer Arbeit, ihrer Ausbildung und ihrem sozialen Umfeld herausreißen.

Wir unterstützen die Proteste gegen Abschiebungen und eine zunehmend restriktive Migrationspolitik. Staatsgrenzen sind von Menschen geschaffen. Die Menschenwürde dagegen ist universell.

Bezahlbare Wohnungen und soziale Sicherheit für alle

Wohnungsnot, steigende Mieten, unzureichend ausgestattete Schulen und lange Wartezeiten im Gesundheitswesen betreffen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Diese Probleme verlangen Investitionen, tragfähige öffentliche Strukturen und eine gerechte Finanzierung. Ein leistungsfähiger Sozialstaat muss wirtschaftliche Sicherheit ermöglichen und allen Menschen einen verlässlichen Zugang zu seinen Leistungen bieten.

Demokratie braucht Teilhabe und einen funktionierenden Rechtsstaat

Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind in politischen Entscheidungsgremien weiterhin unterrepräsentiert. Demokratische Teilhabe verlangt mehr als formale Mitgliedschaftsmöglichkeiten. Politische Parteien müssen tatsächlich zugänglich sein und Mitgestaltung ermöglichen. Gleichzeitig brauchen Bürger:innen transparente Verwaltungsverfahren und wirksamen Rechtsschutz. Wenn behördliche Fehler nur durch langwierige Gerichtsverfahren korrigiert werden können, belastet dies das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Demokratie muss im Alltag erfahrbar sein: durch gleiche Rechte, faire Verfahren, politische Mitsprache und nachvollziehbare Entscheidungen.

Friedlicher Protest ist ein demokratisches Grundrecht!

Junge Menschen, die gegen soziale Ungerechtigkeit, steigende Lebenshaltungskosten und fehlende Zukunftsperspektiven protestieren, verdienen eine ernsthafte politische Antwort. Egal welche Herkunft die haben.

Wir lehnen Gewalt und Sachbeschädigung ab. Friedlicher Protest darf jedoch nicht pauschal kriminalisiert werden. Wir stehen für Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gemeinsam statt gegeneinander!

Unser Anliegen ist eine Gesellschaft, in der soziale Unterschiede nicht durch rassistische Schuldzuweisungen verschärft werden und wirtschaftliche Macht einer demokratischen Kontrolle unterliegt.

Wir wollen eine politische Debatte, die Verteilungsgerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und die tatsächlichen Ursachen sozialer Probleme in den Mittelpunkt stellt. Nicht unsere Herkunft soll uns trennen – unsere gemeinsamen Interessen sollen uns verbinden!

Kommt am 31. Oktober um 14 Uhr auf den Heumarkt in Köln

Für soziale Gerechtigkeit. Gegen Rassismus, Abschiebungen und Ausgrenzung. Gegen gesellschaftliche Spaltung. Für eine solidarische Zukunft!

Wir demonstrieren friedlich, solidarisch & entschlossen.

Wir lassen uns nicht spalten!



Wir sind die

LiL – Die Linke internationale Liste Bergisch Gladbach
im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) Bergisch Gladbach